

Erreichte Punkte auf Basis BPT-Beschluss

(Reihenfolge analog Antrag; in Klammern: konkrete Punkte aus dem Sondierungspapier)

Für ein demokratisches, solidarisches und soziales Europa:

- System europäischer sozialer Mindeststandards (Europäischen Rahmen setzen)
- Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut (Mehr Mittel)
- Steueroasen in/außerhalb EU austrocknen/ Harmonisierung Unternehmensbesteuerung (Prinzip: Land des Gewinns, ist Land der Besteuerung)
- Investitionshaushalt für die Eurozone/ Investitionsprogramm („Spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz“)
- ESM zu europäischem Währungsfonds weiterentwickeln
- Mehr Mittel für die EU aus nationalen Haushalten und zusätzliche Eigenmittel
- Gemeinsam mit Frankreich Europa weiterentwickeln (u.a. Neuer Elysee-Vertrag)

Für sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine innovative Wirtschaft:

- Gründungskultur etablieren (u.a. weniger Bürokratie für Gründer; gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen)
- Innovationsförderung neu aufstellen (Steuerliche Forschungsförderung für KMU, Anreize für Digitalinvestitionen, 3,5%-Ziel bis 2025 für FuE aufwenden; Fortsetzung Pakt für Forschung und Innovation)
- Fachkräfteeinwanderungsgesetz
- Regionale Strukturförderung in Ost und West (Gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen; Entwicklung zielgenaue Instrumente zur Innovationsförderung; Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“)
- Ausweitung der Mitbestimmung (Initiativrecht von Betriebsräten bei Weiterbildung wird gestärkt)
- Einstieg in die Arbeitsversicherung mit Recht auf Weiterbildungsberatung
- Stärkung der dualen Ausbildung
- Mindestausbildungvergütung
- Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt
- Vermögensverwertung und Schonvermögen im SGB II überprüfen

Für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern:

- Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit
- Wirksamkeit des Gesetzes Frauen in Führungspositionen verbessern
- Soziale Berufe aufwerten und besser bezahlen
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für gerechtere Bildungschancen:

- Gebührenfreie Kitas
- Mehr Investitionen in Bildung
- Aufhebung Kooperationsverbot
- Erhöhung und Ausweitung des BAföG
- Verstetigung Hochschulpakt
- Angleichung Bildungsstandards (Nationaler Bildungsrat)
- Kinderrechte ins Grundgesetz

Für sichere Renten und stabile Beiträge:

- Doppelte Haltelinie, um Beiträge und Niveau bis 2025 gesetzlich abzusichern
- Solidarrente (jetzt: „Grundrente“ = 10% oberhalb des regionalen Grundsicherungsbedarfs ab 35 Jahren an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten)
- Einbeziehung Selbständige in Rentenversicherung
- Mindestkrankenversicherungsbeiträge für kleine Selbständige werden reduziert
- Entlastung der ostdeutschen Bundesländer bei den Ansprüchen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehem. DDR

Für ein faires Gesundheitssystem und bessere Pflege:

- Herstellung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung
- Mehr Personal, Qualitätsstandards und bessere Bezahlung in der Pflege (8.000 Fachkraftstellen zusätzlich, Refinanzierung von Tarifsteigerungen)
- Tarifbindung stärken (Tarifvertrag Soziales)
- Rückgriff auf Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern erst ab 100.000 Euro
- Abschaffung Schulgeld für Ausbildung in Heilberufen
- „Konzertierte Aktion Pflege“ für Verbesserungen in der Altenpflege

Für Investitionen und die Stärkung von Kommunen:

- Mehr Investitionen in Verkehrswege, Internet, Kommunen (Verstetigung Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, Flächendeckender Gigabitnetzausbau bis 2025, Verstetigung GVFG)
- Verstetigung Mittel für Integrationsleistungen
- („Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten – Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – in den Jahren bis 2021 mit insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher“)

Für gerechte Steuern, Entlastung von Familien und einen handlungsfähigen Staat:

- Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen und Familien (Schrittweise Abschmelzung Soli, Entlastung Geringverdiener bei Sozialbeiträgen)
- Bekämpfung Steuerhinterziehung und -vermeidung (gemeinsames Ziel)
- Gerechtes Steuersystem (Abschaffung Abgeltungsteuer)
- Maßnahmenpaket Kinderarmut

Für bezahlbares Wohnen und Mieten:

- Garantie Fortführung Sozialer Wohnungsbau (2020/2021: insg. 2 Mrd. Euro)
- Modernisierungsumlage absenken und an Zinsverlauf anpassen

Für eine geordnete Einwanderungs- und eine humanitäre Flüchtlingspolitik:

- Modernes Einwanderungsrecht/ Einwanderungsgesetz
- Ablehnung Obergrenze
- Fortsetzung der Unterstützung des Bundes für Kommunen
- Ausweitung Angebot an Sprach- und Integrationskursen
- Bekämpfung Fluchtursachen
- Bundesweite Anwendung der 3+2-Regelung

Für ein sicheres Leben in einer offenen Gesellschaft:

- Mehr Polizei, leistungsfähige Justiz und effektive Strafverfolgung
- Mehr Prävention
- Dauerhafte Finanzierung Programme gegen Rechts

Für Klimaschutz und eine erfolgreiche Energiewende:

- Ambitionierte Klimaschutzpolitik („Zwischenspur“ zur Erreichung 2030-Ziel; Strukturwandel-Kommission zu Beendigung Kohleverstromung)
- Finanzielle Unterstützung der Regionen beim Strukturwandel (1,5 Mrd. EUR)
- Umsetzung Energiewende/ Ausbau erneuerbare Energien (Anhebung des EE-Ziels auf 65% bis 2030, bislang galt: 55-60% bis 2035)

Zusätzliche Punkte:

- Vermeidung Fahrverbote/ Luftqualität verbessern (u.a. Förderung E-mob, Verstetigung Mittel Nationales Forum Diesel)
- Deutschlandportal (Einheitliches digitales Portal für Verwaltung)
- Musterfeststellungsklage
- Netzneutralität
- Grundsätzliches Glyphosat-Verbot
- Tierwohllabel (Staatliche Kennzeichnung von Lebensmitteln)
- Bundesweit einheitliche Regelung eines Gentechnikanbau-Verbots
- Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“)
- Arbeit auf Abruf Grenzen setzen
- Verbesserung Erwerbsminderungsrente
- Besteuerung Internetkonzerne
- Finanztransaktionssteuer
- Solidarpakt (EU-Haushalt)
- Mehrausgaben EZ, humanitäre Hilfe und Krisenprävention
- Weltweite Ächtung automatisierter Waffensysteme und völkerrechtswidrige Tötungen

- Agenda für Kultur und Zukunft
- Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement durch konkrete Maßnahmen unterstützen
- Keine Rüstungsexporte an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind
- Stärkung der Debattenkultur im Deutschen Bundestag